

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.415/3-Pr.7/88

An das Präsidium des Nationalrates

Parlament 1017 Wien

<u>Betr.:</u> Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird;

Begutachtungsverfahren

1011 Wien, Stubenring 1
Fernschreib-Nr. 111145, 111780
Fernkopierer 73 79 95
Telefon 0222/7500 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Malousek / 5035

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl dieses Schreibens anführen.

Retrifft GESETZENTWURF

Z' 62 GE'9 AL

Datum: 20. SEP. 1988

Unter Bezugnahme auf die Entschließung des Nationalrates anläßlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl.Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten,
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird,
zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 19. September 1988 Für den Bundesminister:

Jelinek

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl

14.415/3-Pr.7/88

An das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

Radetzkystraße 2 1030 Wien 1011 Wien, Stubenring 1 Fernschreib-Nr. 111145, 111780 Fernkopierer 73 79 95 Telefon 0222/7500 Durchwahl Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Malousek / 5435

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl dieses Schreibens anführen.

<u>Betr.:</u> Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird; Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 25. Juli 1988, Zl. 23 0102/1-II/3/88, beehrt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mitzuteilen, daß der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, vom Standpunkt des ho. Ressorts zu keinen Bemerkungen Anlaß gibt.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 19. September 1988 Für den Bundesminister:

Jelinek

für die Richtigkeit der Ausfertigung: